



Oktober 2007

Dr. Peter R. Weilemann

Zweite Chance für Yves Leterme – Regierungsbildung in Belgien gewinnt an Fahrt

Gut vier Monate ist es her, dass die Belgier, am 10. Juni 2007, zu Wahlen für das Föderale Parlament aufgerufen waren. Doch noch immer müssen sie auf ihre neue Regierung warten.

Das Wahlergebnis hatte für belgische Verhältnisse ein klares Mandat für eine neue Mitte-Rechts-Regierung aus Christlichen Demokraten und Liberalen gebracht. Stärkste Gruppierung im Parlament wurde die flämische CD&V, die in Verbindung mit der Nationalen Flämischen Allianz (N-VA) angetreten war. Nach dem üblichen Vorlauf mit Sondierungsgesprächen durch einen vom König ernannten Informateur wurde dann auch erwartungsgemäß der ehemalige Ministerpräsident Flanderns, der Christdemokrat, Yves Leterme, als „formateur“ mit der Regierungsbildung beauftragt. Es war zu erwarten, dass die Verhandlungen hart und schwierig werden würden, nicht nur weil es keine nationalen Parteien gibt und die regionalen Parteien, auch wenn sie der gleichen politischen Familie angehören, den Wahlkampf mit unterschiedlichen Agenden geführt und gewonnen bzw. verloren hatten. Die Ausgangslage war vor allem deshalb steinig, weil sich auf flämischer Seite ein enormer Druck aufgebaut hatte, jetzt endlich die nächsten Schritte der Reform des belgischen Staates in Angriff zu nehmen, die in einer Übertragung weiterer Kompetenzen auf die Regionen bzw. Gemeinschaften - sprich Flandern und Wallonie - zu Lasten des Föderalstaates münden soll.

Yves Leterme hatte das geschichtsträchtige und abseits vom politischen Zentrum gelegene Schlösschen Val Duchesse als Ort der Verhandlungen zwischen dem Kartell CD&V/ NVA, cdh (das aus den wallonischen Christdemokraten hervorgegangene Centre Democrat Humaniste), der flämischen liberalen Open VLD und dem wallonischen Partner MR (Mouvement Republicain) ausgesucht. Doch anders als beim Abschluss des EWG-Vertrages wirkte sich der Charme des Gebäudes nicht positiv auf die Verhandlungen aus. Am 17. August 2007 musste der „formateur“ Leterme das Scheitern seiner Mission bekannt geben. Der König unterbrach seinen Urlaub, die nationale Presse sprach von Staatskrise, die internationale Presse sah schon den Zerfall des Königreiches gekommen. Doch ganz so dramatisch war die Situation nicht. Nach schwierigen Konsultationen und Anhörungen der so genannten Staatsminister – erfahrene und verdiente elder statesmen der belgischen Politik – entschied der König, dass ein „Explorateur“, die verfahrenere Lage zwischen den Parteien neu sondieren sollte. Mit diesem „Minenräumauftrag“ wurde ein Politiker aus den Reihen der CD&V beauftragt, Herman van Rompuy, dem der Ruf von Diskretion, Verhandlungsgeschick und besten Kenntnissen der Interna belgischer Politik vorausging. Er wurde seinem Ruf gerecht. Nach rund sechs Wochen „shuttle diplomacy“ konnte er dem König Bericht erstatten, der es diesem erlaubte erneut einen „formateur“ mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Wie von Kennern erwartet war der Neue der Alte: Yves Leterme.



LÄNDERBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
 OKTOBER 2007

www.eukas.eu

Wer immer der oder die Schuldige für das Scheitern des ersten Anlaufes der Regierungsbildung war und welche Gründe dafür zu nennen sind, werden vermutlich auch spätere Historiker nicht objektiv beantworten können. Von Rompuy's Bericht bewirkte auf jeden Fall eine Umkehr der Vorgehensweise. Die spaltende Frage der Staatsreform wurde an das Ende der Koalitionsverhandlungen gestellt, stattdessen sollte man sich zunächst auf die politischen Sachthemen verständigen, wie Ausländerpolitik und Integration, Außenpolitik, Reform des Rechtssystems, Haushalts und Finanzfragen. An neuem Ort – in den Räumlichkeiten des belgischen Parlaments – aber in der alten Zusammensetzung mit den Hauptprotagonisten Yves Leterme (CD&V), Bart Somers (Open VLD), Didier Reynders (MR) und Joelle Milquet (cdh) wurden in der ersten Oktoberwoche die Gespräche wieder aufgenommen. Doch gerade einmal zwei Kapitel konnten erfolgreich abgeschlossen werden (Immigrationsfragen und Außen-Europa- und Sicherheitspolitik), bevor die übermächtige Frage der Staatsreform den Plan wieder durcheinander zu bringen drohte. Das Thema an dem sich die flämischen Gemüter seit Jahren am ehesten erhitzen ist die Aufteilung eines Wahlkreises „Brüssel -Halle –Vilforde“, der die neunzehn Kommunen der Region Brüssel und 35 Kommunen in der Peripherie, das heißt auf flämischem Gebiet, einschließt. In einer der ersten Sitzungen des Innenausschusses des Föderalparlaments brachte der ultranationalistische Vlaams Belang einen Antrag ein, die gesetzlichen Grundlagen für eine Aufspaltung dieses Wahlkreises zu verabschieden. Nur der Auszug der Wallonischen Parteien aus der Sitzung verhinderte, dass es zur Abstimmung kam. Mit diesem Manöver stand auch die Fortsetzung der Koalitionsverhandlungen der Kippe. Es ist als gutes Zeichen zu werten, dass der Koalitionsausschuss sich nicht aus dem Konzept bringen ließ und die Verhandlungen über die Sachpolitiken (Justizwesen) fortgesetzt wurden. Dieser Zwischenfall wie die gesamte Debatte um Brüssel-Halle-Vilforde beleuchten in grellem Licht die tieferen Ursachen der Krise.

Natürlich haben auch personelle und parteitaktische wie parteipolitischen Fragen einen Anteil an den Schwierigkeiten der Regierungsbildung. So wirkt sich das Auseinanderdriften der Parteien einer politischen Grundorientierung in ein flämisches und ein wallonisches Lager am gravierendsten bei den beiden Mitgliedern der EVP aus. Jahrzehnte hatte die flämischen Christdemokraten die belgische Politik beherrscht bis sie Ende der neunziger in eine tiefe Krise gerieten. Mit Yves Leterme, als Parteivorsitzenden und unter neuem Namen, gelang es wieder aus dem Schatten des Oppositionsdaseins herauszutreten; zuerst in Flandern. Doch die CD&V wird dicht verfolgt vom radikalen Vlaams Belang, als zweitstärkster Partei in Flandern. Sie behauptet ihre Mehrheit nur im Kartell mit der Nationalen Flämischen Allianz, in deren Reihen ebenfalls separatistische Strömungen nicht auszuschließen sind. CD&V steht deshalb unter sehr starken Druck „nationale“ flämische Interessen zu verfolgen. Sie nutzt diesen selbst für ihre eigenen Ziele, distanziert sich aber von den extremen Forderungen. Während Leterme in Flandern sehr populär ist und ein überwältigendes persönliches Wahlergebnis einfahren konnte, betrachten ihn die Wallonen mit Misstrauen. Er muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er einen etwas sperrigen Humor besitzt, wenn er die Wallonen als intellektuell unfähig bezeichnet, flämisch zu lernen oder befragt am Nationalfeiertag im Juli 2007, die Marseillaise als belgische Nationalhymne in die Rundfunkmikrophone brummt statt der Brabanconne. Die Vorsitzende der „Schwesterpartei“ cdh, Joelle Milquet sucht ihr politisches Gewicht zu vergrößern in dem sie sich als schärfste Gegenspielerin zu Leterme aufstellt. „Madame Non“ lautete ihr Beiname nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde im August. Und auch nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen in der zweiten Runde äußerten die liberalen Koalitionspartner Zweifel, ob sie überhaupt zu Kompromissen fähig sei. Milquet hat seit ihrem Antritt als Parteivorsitzende aus der überwiegend ländlich verankerten ehemaligen CSP (Christlich Sozialen Partei) versucht eine moderne städtische Partei zu formen, was

LÄNDERBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
 OKTOBER 2007

www.eukas.eu

ihr vor allem in der Region Brüssel gelang und sie in der Wallonie in eine Regierungskoalition mit den Sozialisten brachte; für deren Erzfeinde, die Liberalen, gilt sie deshalb eher als links denn als christdemokratisch. Ihre Stärke liegt darin, dass sie sich als die Verteidigerin Belgiens sieht und die Wallonen aus der Rolle des Objekts, das flämische Forderungen nur abwehrt befreit und sie mit einheitlichen Positionen in der Reformdebatte auszustellen such. Ihr Festhalten an der Bedingung, dass die notwendigen Mehrheiten für Staatsreformen immer beide Seiten – die flämische wie die wallonische – einschließen müsse, war eine Kernforderung in der ersten Verhandlungsrunde. Sie erreichte die Einwilligung von Rompuys, die vom cdh vorgeschlagene zeitliche Streckung der umstrittenen Staatsreformen mit in das Verhandlungspaket der zweiten Runde aufzunehmen.

Seit dreißig Jahren steht das Thema Staatsreform in Belgien auf der Agenda. Der Prozess der Dezentralisierung und Regionalisierung des belgischen Königreiches hat den Regionen und Gemeinschaften bereits heute weitgehende Kompetenzen gegeben – so ist z.B. auch Außenhandel und Entwicklungspolitik keine nationale Aufgabe mehr – und zu einem komplizierten politischen System mit oftmals schwer verständlichen Zuständigkeitsverteilungen. Artikel 35 der belgischen Verfassung in der Form von 1994 der die „Restbefugnisse“ der „Föderalbehörde“ festlegt bzw. festlegen soll, („Die Föderalbehörde ist für nichts anderes zuständig als für die Angelegenheiten, die die Verfassung und die auf Grund der Verfassung selbst ergangenen Gesetze ihr ausdrücklich zuweisen“) ist bis heute inhaltsleer. Die Flamen wollen diese Situation in ihrem Sinne vereinfachen und abrunden. In mehreren Resolutionen des Flämischen Parlaments haben sie vor rund zehn Jahren ihre Forderungen niedergelegt. Im Mittelpunkt steht eine „konstitutive Autonomie“ für Flandern. Eng damit verbunden ist der Wunsch, mehr Zuständigkeiten in der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Verkehrspolitik zu erhalten. Bei einer emotionsfreien Analyse lassen sich gute Gründe für den einen oder anderen Vorschlag finden und entsprechende politische Lösungen finden. Gleiches gilt auch für das strittige Kapitel Brüssel-Halle-Vilvorde. Die Wallonen haben diese Forderungen in der Vergangenheit pauschal zurückgewiesen, ohne Alternativen aufzuzeigen. Erst jetzt – konfrontiert mit den konkreten Forderungen der Flamen bei den Verhandlungen in Val Duchesse – haben sie begonnen ihre Verhandlungspositionen aufzubauen, Forderungen zu stellen und zu präzisieren, was unakzeptabel ist. Die erwähnte Vereinbarung zwischen dem Explorateur von Rompuys und der Parteichefin des cdh sieht eine mehrstufige Staatsreform vor, an deren Beginn die Fragen gelöst werden sollen die mit einfacher Mehrheit im Parlament zu entscheiden sind. In einer zweiten Stufe sollen die Reformen behandelt werden für die eine Zwei Drittel Mehrheit erforderlich ist, das betrifft vor allem die Institutionen wie Parlament oder die Region Brüssel. Letztlich soll eine königliche Kommission eingesetzt werden, die Empfehlungen für eine weitere Staatsreform erarbeitet, die dann nach den Regionalwahlen 2009 in Angriff genommen werden. Die Verbindlichkeit dieses Papiers wird von den anderen Koalitionspartnern unterschiedlich bewertet bzw. in Frage gestellt. Aber grundsätzlich kann man es als Verpflichtung interpretieren, es mit einer weiteren Staatsreform - es wäre die fünfte in drei Dekaden - ernst zu nehmen. Die Chancen stehen bei geschickter Verhandlungsführung also auch hier gut.

Doch es wird nicht nur darauf ankommen am Verhandlungstisch zu rationalen Lösungen zu kommen. Genau so wichtig wird es sein die Emotionen wieder einzufangen. Für einen ausländischen Beobachter stellt sich das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Belgier als eher prekär dar. Als im September 2006 der französisch sprechende Rundfunk eine fiktive Fernsehsendung ausstrahlte, der die Abspaltung Flanderns verkündigte, hat das zu erhitzten politischen Debatten über die Aufsichtspflicht der Rundfunkanstalt geführt, aber die Flamen wenig verstört. Die Angst der Frankophonen vor einer Spaltung sei übertrieben, titelte kürzlich eine flämischsprachiges Blatt; eine Umfrage von Ende

LÄNDERBERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
OKTOBER 2007

www.eukas.eu

September habe ergeben, dass nur noch 12 Prozent der Wallonen und jeder fünfte Flame denke, dass Belgien in Zukunft nicht mehr existiere. 32 Prozent der Flamen allerdings glaubten derselben Umfrage zu Folge, dass es Flandern nach einer Trennung besser gehe als jetzt. Nur acht Prozent der Wallonen dagegen sehen in einer Aufteilung des Landes eine verbesserte Lage für sich. „Die Flamen haben ein flämisches Nationalgefühl entwickeln können“, klagen die Landsleute aus dem Süden, „wir haben noch keine wallonische Identität“. Während die Flamen mit Stolz auf die wirtschaftliche Leistung des Norden blicken und immer weniger bereit sind für die ökonomischen Defizite im Süden aufzukommen, beginnen die Wallonen erst langsam mit den Fehlern sozialistischer Politik und versäumten Strukturreformen in ihrer ehemals reichen Industrieregion zu hadern. Die Zweisprachigkeit ist bei den jüngeren Generationen immer weniger ausgeprägt. Selbst auf der Ebene der Entourage parteipolitischer Eliten wirkt sich das aus. Hochrangige politische Repräsentanten der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien beginnen ihre aktuelle Lageanalyse ihres Landes mit der Formel „Ich als Außenstehender“. Über Jahrzehnte genährte Ressentiments gegenüber der anderen Bevölkerungsgruppe werden zunehmend offener artikuliert. Umfragen, die die Bereitschaft der Niederländer mit Flandern zu fusionieren belegen werden, in Umlauf gebracht. Zunehmend hängen belgische Fahnen aus den Fenstern Brüsseler Häuser – nicht aber in den angrenzenden flämischen Nachbarorten. Flämische und wallonische Intellektuelle starten gemeinsame Aufrufe für Belgien. Diesen widersprüchlichen Impressionen ließen sich viele weitere Momentaufnahmen hinzufügen. Entscheidend ist, dass sie auf eine wabernde Stimmungslage hindeuten, die ohne nationale politische Führung von extremistischen Kräften leicht gekapert werden kann.

Letermes zweite Chance ist nicht auch die letzte Chance für Belgien. Aber sie birgt die große Herausforderung, die Voraussetzungen für den Zusammenhalt des Landes dauerhaft zu verbessern. Noch ist der belgische Rekord für die Dauer von Regierungsverhandlungen nicht gebrochen. 1987/88 brauchte es für die Regierungsbildung 148 Tage. Sie legte damals die Grundlagen für Martens VIII, benannt nach Winfried Martens, der mehr als zwölf Jahre seinem Lande als Ministerpräsident diente, und nicht nur für die Einheit Belgiens sondern auch Europas Großes geleistet hat.